

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 51 (1971-1972)
Heft: 1

Rubrik: Kommentar

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

SCHATTEN ÜBER DEM POLITISCHEN MILIZSYSTEM

Vom Tabu zum Problem

Ist unser politisches Milizsystem noch immer die einzig richtige Form, um diesen Staat zu regieren? Die Frage wird spätestens seit der «Mirage»-Affäre von 1964 immer häufiger erhoben, nachdem es zuvor während Jahrzehnten geradezu als unschicklich gegolten hatte, das Problem des politischen Amateurismus auch nur zu streifen. Die hartnäckige Tabuisierung des Milizsystems bis hinein in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts hat ihren tieferen Grund darin, dass diese Form der parlamentarischen Demokratie von der Idee her gesehen ohne jeden Zweifel die bestmögliche Lösung für ein Land wie die Schweiz darstellt.

Das Milizsystem beruht auf dem Grundgedanken des demokratischen «uomo universale», des kompletten Bürgers, der als wirtschaftendes und soziales Wesen zugleich politisch engagierter Mensch ist. Als Bürger im wahren Sinne des Wortes hat er sich seine Repräsentation und, jedenfalls in Kanton und Gemeinde, auch seine Regierung aus dem Kreise seiner Mitbürger auszusuchen und auf den Schild zu heben. Die Repräsentanten ihrerseits sowie die Exekutiven mittlerer und kleinerer Gemeinden haben ihr politisches Amt als Amateure (oder doch Halbamateure) zu führen und sollen so im normalen Alltag verankert und mit der Bürgerschaft und ihren

Sorgen entsprechend verbunden bleiben.

Von der Pike auf

Zur schweizerischen Vorstellung des Milizsystems gehört noch eine weitere Leitidee: die Überzeugung nämlich, dass der Politiker «von der Pike auf» zu dienen habe. Eine Karriere, die nicht mit dem Amt des Stimmenzählers beginnt und nur Schritt für Schritt über den Rechnungsrevisor und Gemeinderat zu höheren Würden führt, erscheint zum vornherein als suspekt. Wer ohne kommunale und kantonale Praxis ins eidgenössische Parlament einzieht, der ist ein politischer «Hasardeur» und «Glücksritter», dem der Mangel an Ausbildung «von der Pike auf» bis zum Ende seiner parlamentarischen Tage anhaftet.

Das alles hat seinen Sinn und ist der Idee nach einleuchtend zu begründen. In der Praxis unserer Tage aber sieht manches anders aus. Der «organische Aufstieg» ist mehr und mehr zur energieraubenden Knochenmühle geworden. Die Dreistufigkeit politischer Tätigkeit, die nach hergebrachter Tradition so lange als möglich gleichzeitig nebeneinander hergehen sollte, um die Verzahnung der politischen Ebenen zu gewährleisten, wird immer mehr zur fast übermenschlichen Last. Das Prinzip der Ehren- und Nebenamtlichkeit

wird mehr und mehr konfrontiert mit Anforderungen, die auf diese Weise kaum noch zu bewältigen sind.

Entpolitisierung der Freizeit-Gesellschaft

Zwar leben wir im Zeitalter der Freizeit. Die Arbeitszeit des «Durchschnittsbürgers» wird immer kürzer. Und wenn auch die Kader in manchen Berufen von dieser Entwicklung kaum berührt sind, so macht sich das gesteigerte «Freizeitbewusstsein» doch allgemein bemerkbar. Gute Bedingungen also für unser Milizsystem? Mitnichten. Die «Freizeitkultur» entfaltet ihre eigenen Gesetze und ihren eigenen Stil. Das wachsende Angebot an sinnvollen Möglichkeiten der Freizeitbeschäftigung lässt den Reiz öffentlicher Tätigkeit im Nebenamt doch wohl eher kleiner als grösser werden – um so mehr, als die Resonanz politischer Aktivität in unserer auch am Feierabend überbeschäftigten «Freizeit-Gesellschaft» immer geringer wird.

Dem sinkenden Anreiz der Politik als Freizeitbeschäftigung steht andererseits ein rasches Anschwellen von Umfang und Gewicht öffentlicher Ämter gegenüber. Das Schulpräsidium einer mittleren Gemeinde mit «normalem» – und das heisst heutzutage raschem – Wachstum beginnt verdächtig einem zweiten «Hauptberuf» zu gleichen. Wenn der Präsident einer mittleren Gemeinde oder kleineren Stadt sein Amt ernst nimmt und gleichzeitig bestrebt ist, im Beruf weiterzukommen, so steckt er bald in einem fast hoffnungslosen Dilemma. Sitzt er im Betrieb oder Privatbüro, so plagt ihn das latente schlechte Gewissen, dem Ge-

meinwesen nicht ganz das zu geben, was es eigentlich braucht. Und ist er im Stadt- oder Gemeindehaus, so denkt er am besten nicht daran, was nun im privaten Bereich liegen bleibt. Die Folge ist die allenthalben spürbar werdende Schwierigkeit, für kommunale Exekutivämter überhaupt noch genügend qualifizierten Nachwuchs zu finden. Damit aber wird automatisch auch die Selektionsbasis für kantonale Chargen schmaler.

Eidgenössische Räte - Berufspolitiker im Nebenamt

Auf höherer Stufe liegen die Dinge im Prinzip ähnlich, nur dass sich andere Auswirkungen einstellen. Noch besteht zwar für eidgenössische Mandate einigermaßen ausreichende Nachfrage. Doch ist nicht zu übersehen, dass hier die Rekrutierungsbasis einseitiger wird. Das Leitbild vom tüchtigen Berufsmann, der zugleich als erfolgreicher Amateurparlamentarier wirkt, hat heutzutage nur noch für eine Minderheit Geltung. Diese Minderheit sieht sich einer Mehrheit von faktischen Berufspolitikern gegenüber, welche dank ihren äusseren Arbeitsbedingungen ein deutliches Übergewicht an Sachkunde in die Waagschale werfen können – ganz abgesehen davon, dass die Minderheit der reinen Milizparlamentarier auf Grund der schwindenden Wahlchancen für Kandidaten ohne organisierten Rückhalt immer mehr zusammenschmilzt.

Einige Zahlen mögen diesen Sachverhalt illustrieren. Im Ständerat sitzen gegenwärtig 21 amtierende oder ehemalige Mitglieder von kantonalen Regierungen; bei zahlreichen weiteren Standesherrn kann die berufliche

Tätigkeit ebenfalls als weitgehend öffentlicher Natur charakterisiert werden. Im Nationalrat umfasst die «Fraktion» der Regierungs- und Stadträte 51 Volksvertreter; dazu kommen 67 Verbandsexponenten, und ungefähr weitere fünf Dutzend Abgeordnete stehen wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Gruppen so nahe, dass ihr politischer «Amateurstatus» zumindest mit einem deutlichen Fragezeichen zu versehen ist.

Ein verkapptes Berufsparlament also? Dem ist bei weitem nicht so. Zwar können die Mitglieder der beiden eidgenössischen Kammern in ihrer Mehrheit als Berufspolitiker bezeichnet werden. Doch diese «Professionals» sind auf Bundesebene nur im Nebamt tätig – ein Zustand, der neben dem Vorteil der beträchtlichen Mitgift an politischer Erfahrung und Sachkunde auch ganz erhebliche Nachteile aufweist. So beträchtlich die Vorteile einer Personalunion für eidgenössische und kantonale Ämter im Hinblick auf eine möglichst reibungslose Zusammenarbeit von Bund und Ständen sein mögen, so wenig darf übersehen werden, wie sehr die meisten dieser Berufspolitiker schon durch ihre hauptberufliche Stellung in Kanton und Gemeinde oder in der Wirtschafts- und Verbandspolitik belastet sind.

Auch diese Art von eidgenössischen «Milizsoldaten» gerät deshalb in wachsende Schwierigkeiten. Immer häufiger kommt es vor, dass selbst vorzüglich etablierte und ausgewiesene «Regionalfürsten» in der Bundesversammlung weit unter der erhofften Wirkung bleiben. Vielfach jagen sie auch während den Sessionen notgedrungen zwischen Bern und ihrem Amtssitz hin und her und sind damit ganz einfach nicht mehr

in der Lage, einer so ausgewachsenen Nebenbeschäftigung wie dem eidgenössischen Parlament noch die nötige Zeit und Kraft zur Verfügung zu halten. Am Ende ist auf diese Weise weder den Kantonen noch dem Bunde gedient.

Schwierige Abhilfe

Wie in den meisten Bereichen des öffentlichen Lebens ist es auch hier schwer, der Mängelliste vernünftige und zugleich realisierbare Reformvorschläge folgen zu lassen. Im Fall des eidgenössischen Parlaments ist Abhilfe deshalb so schwierig, weil erwiesen ist, dass der Übergang zum Berufsparlamentarismus kaum eine befriedigende Lösung des Problems brächte. Die Zurückhaltung qualifizierter Kräfte aus dem Sektor der Privatwirtschaft gegenüber politischen Mandaten würde wohl eher noch verstärkt. Ausländische Beispiele beweisen zudem, dass der «Professionalismus» bei weitem nicht zum vornherein eine Leistungssteigerung im Gefolge zu haben braucht.

Reformen müssten wohl eher darauf abzielen, den Status der «parlamentarischen Vollamateure» so spürbar zu verbessern, dass das eidgenössische Mandat auch für Selbständigerwerbende und Vertreter der Wirtschaft wieder attraktiver würde. Dabei ist allerdings nicht zu übersehen, dass das Parlament in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung aus menschlich verständlichen Gründen wenig Lust bekundet, an den bestehenden Verhältnissen tiefgreifende Retuschen vorzunehmen: Man hat sich im allgemeinen recht gut eingerichtet und ist nicht ohne weiteres bereit, schwer erworbene Pfründen und Privilegien einfach aus

der Hand zu geben und eine entsprechende Schwächung der eigenen politischen und finanziellen Position ohne Not in Kauf zu nehmen. – Was die kommunale Ebene betrifft, so ist die – an sich naheliegende – Vermehrung der Vollämter auch nicht ohne weiteres der politischen Weisheit letzter Schluss. Denn damit verstärkt sich nur das, was man als «Herrschaft der Verwaltung» zu bezeichnen pflegt.

Hier wie dort werden wir aber nicht darum herumkommen, die Dinge genau zu überdenken und unsere politischen Formen den veränderten Erfordernissen anzupassen. Sonst laufen wir Gefahr, mit eben dem Milizsystem, das die politische Stabilität und Lebendigkeit unseres Gemeinwesens begründete, hoffnungslos in der Sackgasse zu landen.

Richard Reich

SCHWEIZERISCHE «DISSUASION» – EIN LIPPENBEKENNTNIS?

Kriegsverhinderung statt Kriegführung

Unter dem Eindruck des Zweiten Weltkrieges, vor allem aber unter dem Eindruck der Möglichkeit einer nuklearen Selbstvernichtung der Menschheit, hat sich eine grundlegende Wandlung des militärischen Denkens vollzogen. Die Anstrengungen moderner Armeen verlagerten sich von der Vorbereitung einer möglichst wirksamen Kriegführung zunehmend auf die Schaffung einer möglichst grossen Kriegsverhinderungskapazität. Das augenfälligste Element dieser Umstellung bilden die strategischen nuklearen Gegenschlagsmittel. Sie ermöglichten das Konzept der wechselseitigen Abschreckung durch Vergeltungsdrohung, und man geht wohl kaum fehl, wenn man annimmt, dass dieses Phänomen uns bisher den Dritten Weltkrieg erspart hat. Doch wurde – beispielsweise im Rahmen der amerikanischen Strategie

der «flexible response» – auch den konventionellen Streitkräften eine Kriegsverhinderungsrolle zugewiesen. Sie sollten jegliche Hoffnung des Gegners dämpfen, die atomare Abschreckung wirksam unterlaufen zu können. Ja, selbst dem passiven Konzept des Zivilschutzes fiel als einem Element der sogenannten «damage limitation» eine kriegsverhindernde Funktion zu.

Kriegsverhinderung ist aber nicht nur ein militärisches, sondern ein neues, selbständiges, eminent politisch-strategisches Konzept. Anstelle von Hegemoniestreben oder gar Expansionspolitik der Grossmächte tritt eine Bemühung um Gleichgewicht, das unter möglicher Wahrung der eigenen Interessensphäre den Frieden durch Furcht gewährleistet. Zur Aufrechterhaltung dieses Gleichgewichts wurden weit schrecklichere und wirksamere Waffen bereitgestellt als bei der kriegerischen Austragung eines Konflikts überhaupt «sinnvoll» zur Anwendung

gebracht werden könnten. Sogar im Bereich der reinen Defensive ist die Ausrichtung auf dieses Konzept erkennbar. So gehen die Grossmächte nicht auf einen möglichst umfassenden Schutz der Bevölkerung vor Massenvernichtungswaffen aus. Raketenabwehrsysteme sollen in erster Linie dem Schutz der eigenen Gegenschlagsmittel dienen; Städte und Wohnzentren in grossem Umfang schützen zu wollen, hiesse der Vermutung des Gegners Nahrung zu geben, man rüste für einen nuklearen Erstschlag, den man wagen könne, weil man einen gegnerischen Zweitschlag gegen die Bevölkerung abzufangen hoffe. Diese Vermutung wiederum könnte den Gegner zur Überzeugung führen, es gelte einer solchen Entwicklung zuvor zu kommen. Ein neuer Rüstungswettlauf oder gar ein nuklearer Schlagabtausch mit weltweit katastrophalen Auswirkungen könnten die Folge sein.

Eines der Paradoxa des Atomzeitalters ist somit die Bereitstellung von Kampfmitteln, deren Gebrauch sie selbst auszuschliessen haben; ein anderes ist die Überzeugung, dass soweit immer möglich Verteidigung hinter Abschreckung zurücktreten muss.

Die schweizerische Theorie

Auch die Schweiz hat den Gedanken der Kriegsverhinderung aufgenommen. Nach 1945 wurde deutlich, dass ein moderner Konflikt, in den unser Land einbezogen wird, unsere Selbstbehauptungsfähigkeit auf die härteste Probe stellen und je nach seinem Ausmass sogar hinfällig machen würde. So lesen wir denn auch im Bericht der Studienkommission für Strategische

Fragen: «Die primäre Aufgabe, die sich für unsere Strategie ... ergibt, ist also diejenige der <Dissuasion>. Darunter verstehen wir ein strategisches Verhalten, das darauf abzielt, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln einen potentiellen Gegner vom Angriff gegen unser Land, sein Territorium, seine Bevölkerung, seine Unabhängigkeit abzuhalten – auch wenn im Arsenal dieser Mittel die strategische Vergeltungsdrohung mit weitreichenden Nuklearwaffen fehlt. Die Mittel solcher <Dissuasions>-Strategie können politischer, wirtschaftlicher, finanzieller, militärischer Art sein; sie schliessen auch die Zivilverteidigung ein.»

Richtigerweise wird die beschriebene Dissuasions-Fähigkeit des Kleinstaates sofort relativiert. Die vorbeugende, kriegsverhindernde Wirkung gehe zu einem erheblichen Teil von der adäquaten Vorbereitung der Verteidigung aus. «Der Preis der Aggression», so lesen wir weiter, «das Risiko des Angreifers muss so hoch wie irgend möglich gesetzt werden. Die Gewichte, die der nicht nuklear gerüstete Kleinstaat zu seinen Gunsten in die Waagschale werfen kann, sind naturgemäss gering. Aber auch, wenn er keine prohibitiv wirkende <Abschreckung> erzeugen kann, wird er doch das Kalkül der Vor- und Nachteile, die Rentabilitätsrechnung des potentiellen Angreifers in relativem Masse zu beeinflussen vermögen. Das Mass mag minimal, es könnte unter Umständen jedoch ausschlaggebend sein.»

Hier angelangt lauert nun aber eine Gefahr. «Abhaltung» im Sinne des Heraufschraubens des «Eintrittspreises» hat die Schweiz schon immer betrieben. Die Kampfkraft ihrer Armee, das heisst ihr Vermögen, während

einer gewissen Zeitdauer Krieg zu führen, wurde der Abhaltungskraft gleichgesetzt. Gerade diese Gleichung bedarf heute indessen der kritischen Überprüfung. Die Frage, ob nicht gewisse Konzeptionen und Waffen der neuen Strategie der Kriegsverhinderung besser entsprechen als andere, muss ernsthaft gestellt werden. Wäre es nicht denkbar, dass wir ähnlich andern Mächten zu einer Differenzierung und folgerichtigerweise auch zu einer Gewichtung unserer Selbstbehauptungsmassnahmen vorstossen sollten, weil Dissuasion, ähnlich der Abschreckung, mit reiner Verteidigung keineswegs völlig übereinstimmt? Sollten nicht beispielsweise alle Elemente der im Entstehen begriffenen Gesamtverteidigung an diesem Kriterium gemessen werden und je nachdem als Schwergewichte eingestuft werden oder nicht?

Der Stellenwert bewaffneter Abwehrkraft

Die Schwierigkeiten solchen Unterfangens liegen auf der Hand. Wer die amerikanische Diskussion über den Ausbau des Raketenabwehrsystems für Städte verfolgt hat, weiss, dass sogar ein Land, dessen Abschreckungsfähigkeit in höchstem Masse glaubwürdig ist, Hemmungen hat, ganz auf den konkreten Schutz – und sei er noch so unvollkommen – zu verzichten. Auch wir messen dem Fall, bei dem die Dissuasion versagt hat, und wir unsere Ziele in einer Abwehrschlacht erkämpfen müssen, nicht zu Unrecht grosse Bedeutung bei. Investitionen in Kriegsverhinderung erscheinen sozusagen als Spekulation, der Aufbau eines wirk-

samen Verteidigungsapparates demgegenüber als echte Versicherungsprämie.

Und doch braucht es angesichts des modernen Spektrums der Bedrohungen eine konsequente Ausrichtung auf den Begriff der Dissuasion. Anhaltspunkte sowohl theoretischer wie praktischer Natur sind vorhanden. Ein Schlüssel zur Kriegsverhinderung ist jedenfalls die Absicht des Gegners. Vermögen wir sie abzuschätzen und eindruckliche Gegenmassnahmen sichtbar werden zu lassen, so haben wir mehr für unsere Selbstbehauptung getan, als wenn wir Kampfmethoden entwickeln und Waffen beschaffen, die im Gefecht vielleicht wirkungsvoll sind, in der gegnerischen Doktrin aber gering geschätzt werden. In welcher Richtung zu suchen ist, kann an dieser Stelle nur angedeutet werden: Kriegsverhindernd im konventionellen Sinne wirkt, was ernste politisch-psychologische Rückwirkungen auf die Handlungsfreiheit des Gegners hat, was sein Potential wirksam absorbiert, und erst in letzter Linie, was eine lange Dauer des Kampfes gewährleistet.

Der Begriff des Neutralitätsschutzes, der uns allen vertraut ist, mag dies klar werden lassen: In dieser strategischen Phase kommt es darauf an, ein Maximum von Abwehrkraft zu demonstrieren. Es war darum richtig, anfangs des Zweiten Weltkrieges unsere Jäger massiv gegen deutsche Flugzeuge, die unseren Luftraum verletzten, einzusetzen; es war richtig, in den sechziger Jahren weitreichende Boden-Luft-Raketen zu installieren, obwohl sich jedermann klar sein musste, dass dieses Potential einen länger dauernden Kampf um die Schweiz nicht beeinflussen kann.

Schweizerische Praxis mit Fragezeichen

Zwischen solcher Erkenntnis und der heutigen Praxis scheint indessen eine Lücke zu klaffen. Wer das Primat der Kriegsverhinderung und die vorstehenden Überlegungen für richtig hält, wundert sich über zahlreiche Aspekte der derzeitigen schweizerischen Rüstung. Eindeutige Prioritäten im Sinne der erwähnten Dissuasions-Strategie scheinen zu fehlen und zur Dominanz anderer Faktoren, seien sie taktischer, technischer oder finanzieller Natur, zu führen. Dem Fragenden wird zuständigerorts erläutert, dass der Kauf dieses oder jenes Kleingeräts den Wünschen der Truppe entspreche, dass gegenwärtig keine beschaffungsreifen Modelle relevanter Kampfmittel auf dem Markt seien, dass der Budgetplafond keine weiteren Beschaffungen zulasse und anderes mehr. Meist fehlt auch der Hinweis auf Studien und Gegenstudien nicht, die abgewartet werden müssten, um ein optimales Resultat zu erhalten.

Es ist nicht leicht, solche Überlegungen, die ohne Zweifel ihren Sinn besitzen, von der Hand zu weisen. Aber es wird für die Möglichkeit eigenständiger Selbstbehauptung des Kleinstaats in Zukunft entscheidend sein, dass wir uns nicht von untergeordneten Überlegungen und sogenannten Sachzwängen leiten lassen, sondern uns immer wieder an den einfachen Notwendigkeiten orientieren, die sich aus der konsequenten Anwendung des Grundsatzes der Kriegsverhinderung ergeben. Das gilt einmal für den politisch-wirtschaftlichen Bereich; es gilt aber nicht minder für den militärischen Sektor, der nach wie vor grösstes

Gewicht besitzt. Das folgende Beispiel möge dies mit aller Deutlichkeit zeigen:

Eines unserer militärischen Ziele ist es, dem Gegner die rasche Erreichung seiner operativen Zielsetzung zu verwehren. Wenn uns dies gelingt, haben wir sicher eine seiner Absichten in Frage gestellt und echte Dissuasion betrieben. Die Voraussetzungen für dieses Vorhaben sind nicht ungünstig: Mit der Truppenordnung von 1961 wurden die entsprechenden Verbände, mit der Botschaft vom 6. Juni 1966 sowie mit der Truppenführung von 1969 die erforderliche Doktrin geschaffen. Die kampfkraftigen Mittel zur Lösung dieser Aufgabe, die mechanisierten Einheiten, stehen heute bereit. Nur eines haben wir bisher nicht in ausreichendem Masse zu schaffen vermocht: den Schutz gegen Angriffe von oben, den wir gerade diesen Verbänden bieten sollten, wenn sie wirksam sein sollen. Mirage-Angelegenheit und technische Schwierigkeiten haben zu einer Lücke auf diesem Sektor geführt, die zu Bedenken Anlass geben muss. Und dennoch scheinen wir heute in Kauf nehmen zu wollen, dass diese sogenannte «Raumschutzlücke» noch während rund eines Jahrzehnts offen bleibt.

In der Flugzeugbeschaffung kapriziert man sich auf die Evaluation eines möglichst reinen Erdkämpfers. Die seit 1961 auf dem Papier vorgesehenen Flabpanzer werden weiterhin als «Vorprojekt» behandelt, und unterdessen gehen siegreiche Gegenschläge über die Manöverbühne. Gewiss, die Gründe hierfür sind bekannt, und es würde schwer fallen, Verantwortliche zu bezeichnen. Das darf uns aber nicht daran hindern, den folgerichtigen und raschen Aufbau eines umfassenden Dissuasions-Potentials zu fordern. Wer könnte

denn mit Sicherheit sagen, dass in den nächsten Jahren keine europäischen Krisen unser System der Selbstbehauptung auf die Probe stellen? Sollte aber in jenem Zeitpunkt unsere Kriegsver-

hinderungskapazität nicht doch mehr sein als eine auf einseitigen materiellen Grundlagen beruhende Doktrin, mehr als ein allgemeines Lippenbekenntnis?

Gustav Däniker

VERSTRICKT IN SCHLAGWORTE

«Wie weitmaschig, unscharf, wie unwissenschaftlich doch die Begriffe sind, mit denen die Aufklärer arbeiteten», kritisierte neulich ein Freund. «Wer hat nicht alles den Begriff <Natur> verwendet – und was für gegensätzliche Inhalte fanden darin Platz!»

Als ob die Begriffe unserer Zeit, dieses Jahrzehnts im besonderen, präziser wären! Ausserhalb des Bereichs der Wissenschaft (in einem engeren Sinn genommen) zum mindesten sind sie nicht nur weiträumig, sondern auch löcherig, so dass scheinbar alles, in Wirklichkeit aber fast nichts, darin Platz findet und jede Differenziertheit, ja auch nur eine akzeptable Genauigkeit, sich ausschliesst. Wenn je, ist heute die Sprache, die tatsächlich gebrauchte Sprache, in Gefahr, durch die rasch geprägten und im Umlauf des Informationsprozesses in Schlagworte verwandelten Begriffe den Zugang zur Wirklichkeit mehr zu verstellen als zu eröffnen.

Das Wort «antiautoritär» etwa: es wird von jedermann gebraucht, ist jedermann vertraut und bleibt doch völlig inhaltsleer. Aber inhaltsleer oder nicht: nur diesem Zauberwort ist es zu verdanken, dass ein Werk, dessen psychologische Ideen schon in den zwanziger Jahren vorhanden und einem Kreis von Fachleuten vertraut waren,

nun mit einem Schlag auf die Bestsellerlisten der sechziger Jahre geriet und sich dort zäh festhielt¹. Die Erklärung, erst unsere Zeit sei für die Ideen des freudianischen Psychologen Neill reif geworden, ist dabei allzu naiv und fortschrittsgläubig. Heilsam und instruktiv ist es, sich einmal vorzustellen, das Buch sei nicht unter dem Heiligenschein des Allerweltswortes «antiautoritär» erschienen, sondern schlicht und einfach unter dem seinerzeit von Neill gewählten Titel der Originalausgabe: «A Radical Approach to Child Rearing» oder gar unter dem Titel eines seiner späteren Bücher: «Freedom – Not Licence». Ich wette, dass die Wörter «radikal» (was vielleicht noch im 19. Jahrhundert wie eine Fanfare klang) und «Freiheit» (gar in der Modifizierung: «Freiheit – nicht Willkür»!) keinen Hund hinter dem Ofen hervorgelockt hätten. Dabei ist die Erziehung, die Neill meint, zwar unautoritär (und in diesem Sinne radikal), sie ist freiheitlich – aber sie ist nicht antiautoritär –, auf jeden Fall fehlen ihr weitgehend die gesellschaftspolitischen Assoziationen, die heute diesem Wort anhaften.

*

Aber Schlagworte sind ja nicht einfach der Sündenfall der Massenmedien oder

das Werkzeug einer gezielten, von weiss wo gelenkten Manipulation. Unversehens sieht man sich selbst davon umstellt, merkt, wie sie einem selbst aus dem Munde kommen, man weiss nicht wie. So ertappte ich mich neulich dabei, wie ich gleich zweimal hintereinander den Satz schrieb: «Es gibt kein Alibi» – und wohl überzeugt war, damit richtig, präzise und ehrlich die Einsicht zu formulieren, dass der Einzelne sich der Teilnahme am Ganzen, der Verantwortung auch für Fernliegendes nicht entziehen könne.

Als ob dies, ernst genommen, überhaupt denkbar wäre! Als ob das Leben nicht unerträglich, untragbar im Wortsinne, würde, wären wir nicht dauernd damit beschäftigt, uns abzuschirmen, gegen die kleinen Belästigungen des Alltags so gut wie gegen die Lasten und Ängste, welche die Geschicke der Welt uns auferlegen wollen. Als ob wir uns nicht längst angewöhnt hätten, konsequent und unauffällig vorbeizusehen: am Kind, das drüben an der Ecke von zwei grösseren verprügelt wird, am Damm, der im fernen Land bricht. Freilich wissen wir sehr genau, dass unser Geschick mit dem Geschick der Welt zusammenhängt, aber unsere Identifikationen und vor allem unsere emotionale Beteiligung (und letztlich zählt nur sie) sind nur partieller Art – und das ist nicht nur eine Frage der politischen Richtung (ob man mehr rechts oder mehr links stehe und sich also mehr für die Tschechen oder Vietnam engagiere), wie wir uns gegenseitig mit Eifer und Rage vorwerfen, sondern auch Ausdruck unserer Hilflosigkeit. Sich dem Ganzen auszusetzen, ohne das Refugium der egoistischen, vielleicht ideologisch verdeckten Abschränkung, ist eine Sackgasse, die

zum Wahnsinn oder Selbstmord führt. Dass man ohne Alibi lebe, ist also nichts als eine unbedachte Phrase, die bestenfalls unser schlechtes Gewissen verbirgt.

«Der Hunger, das Elend und die Ungerechtigkeit der Welt lassen mich schlafen», sagt, in Umkehrung der bekannten Wendung, Marie Luise Kaschnitz² – und verrät mit diesem lapidaren, paradoxen Satz mehr Teilnahme als alles versteckt pathetische Gerede über das Engagement des Intellektuellen. Tatsächlich kommt man oft der Wahrheit näher, wenn man die vertrauten Kombinationen, die uns die Sprache gewissermassen als Fertigprodukte ins Haus liefert, auf den Kopf stellt – eine Praxis, welche nicht ohne Grund die Dichter gerne üben. Wie es denn heute überhaupt zur Aufgabe der Literatur gehören dürfte, das vorschnell Fixierte, rasch Erstarrte der heutigen massenweise erzeugten, zu Massen geredeten Sprache zu durchbrechen. Um wohin zu gelangen? Ins Offene, fühlt man sich versucht zu sagen – aber das Wort tönt zu Rilkesch. Eher in jene Region, die Hilde Domin³ meint, wenn sie schreibt

*Wort und Ding
lagen eng aufeinander
die gleiche Körperwärme
bei Ding und Wort.*

Also nicht ins Offene, eher in die Enge des Unauffällig-Genauen.

Elsbeth Pulver

¹A. S. Neill, Theorie und Praxis der antiautoritären Erziehung, Rowohlt Taschenbuch Verlag, Hamburg 1969. –

²Marie Luise Kaschnitz, Steht noch dahin, Insel Verlag, Frankfurt 1970. – ³Hilde Domin, Ich will dich, Piper Verlag, München 1970.

BUCH OHNE ZUKUNFT?

Marginalien zu einer Tagung

Dass wir Zeitgenossen eines technologischen Prozesses seien, dem – unter anderem, und das sei erst noch verhältnismässig unwichtig – auch das Buch zum Opfer fallen könnte, weisagen die Futurologen seit einigen Jahren schon. Es gibt ohne Zweifel Indizien, die einer Prophezeiung dieser Art den Anschein von Wissenschaftlichkeit zu geben vermögen. So darf mit Sicherheit angenommen werden, dass die neuen Medien – neben dem Fernsehen der Film und das Tonband, die Kassette oder die Platte, die audiovisuelle Übermittlung von Information ermöglichen – schon in ganz kurzer Zeit allgemeine Verbreitung finden werden. Und ebenso unzweifelhaft scheint mir, dass die ungeheure Vermehrung von schriftlich niedergelegtem Wissen, der sturmflutartige Datenanfall, gebieterisch nach neuen Methoden der Speicherung und Abrufbarkeit verlangen. Aber heisst das auch schon, bedrucktes und gebundenes Papier habe in Kürze als Informationsträger ausgespielt? Die Frage ist vielleicht doch von einiger Wichtigkeit. Das Bildungswesen, das Verlagswesen, der Buchhandel, insgesamt ein weit verästeltes und differenziertes Gefüge sieht sich auf seine Tragfähigkeit und mehr noch auf seine Wandlungsfähigkeit hin geprüft. Denn das zukunftsorientierte Management, so lese ich in der Einladung des *Internationalen Studienforums des Gottlieb Duttweiler-Instituts*, misst dem ganzen Fragenkomplex eminente Bedeutung zu. Man könne beobachten, dass buchfremde Gross-

firmen in das Geschäft mit den neuen Medien eindringen, und andererseits sei ja bekannt, dass die Verlagskonzentrationen der jüngsten Zeit unter anderem gerade im Hinblick auf die Eroberung des Media-Marktes erfolgt seien.

An zwei Tagen im Februar trafen sich in Rüschlikon Fachleute und Interessenten, um die Frage zu erörtern, ob das Buch eine Zukunft habe oder nicht. So ganz sicher weiss man es nach diesen zwei Tagen immer noch nicht. Aber einiges wurde immerhin deutlicher. Zum Beispiel, dass wir in der Schweiz einstweilen noch einen Buchhandel haben, der sich nach wie vor auch um die Erfüllung individueller Wünsche bemüht, was offenbar längst nicht mehr selbstverständlich ist und sich vielleicht auch bei uns einmal ändern könnte. Oder dass der Kleinverleger, wenn er nicht fälschlicherweise tun will, was die Grossen besser können, gerade jetzt und auch in Zukunft eine echte Chance hat. Andererseits wurde deutlich, wie verwirrend die Situation geworden ist. Wenn die Aufgaben der Information im elektronischen Zeitalter auf Computer und neue Medien verlagert werden, besteht die Gefahr, dass der Autor gar nicht mehr unmittelbar zu seinem Publikum spricht. Zwischen dem Leser, der mit einem Buch Zwiesprache hält, und dem Bezüger von Daten aus Apparaten besteht nicht allein ein Unterschied in der Wahl des Mediums. Die Veränderung betrifft den Menschen selbst, seine Zuwendung zu einem Text (der

ja nun vermehrt in Bild und Ton, in Zeichen und Graphik umgesetzt sein wird), sie betrifft mit einem Wort das, was man in vergangenen Zeiten noch «Sammlung» nennen durfte. Gilt etwa das Requiem auf Gutenberg, das die einen anstimmen, auch dem Ende der Phantasie?

*

Mein Eindruck von den Gesprächen in Rüslikon, an denen sich Experten des Bibliothekswesens und der elektronischen Industrie, des Verlagswesens und des Buchhandels, Autoren und Professoren aus Europa und den Vereinigten Staaten beteiligten, ist zum Teil zwiespältig. Der Versuch wurde zwar unternommen, wiederholt nach dem Kulturverständnis zu fragen, die Funktion des Buches oder der neuen Medien zu erörtern, Bildung und Aufklärung selbst zum Gegenstand der Untersuchung zu machen. Aber das führte jedesmal zu mehr nicht als zu einem kurzen Schlagabtausch zwischen denen, die unser gesellschaftliches System radikal verändern wollen, und denen, die es entweder nicht in Frage stellen oder geschichtlichen Wandel im Sinne von Evolution annehmen. Ins Offene, wo Tradition und Utopie ein Spannungsfeld schaffen, aus dem Ideen, Visionen, Entwürfe und neue Realisationen hervorgehen können, führte das Gespräch nicht. Es blieb im Bereich des Kulturbetriebs, also der Verbreitung von Werten, die lediglich unter bestimmten Voraussetzungen gelten. Muss man also annehmen, dass die Spielregeln bleiben und dass nur die Spielsteine ihre Form ändern? Statt dass man mit Würfeln oder Bällen spielt, drückt man in Zukunft wahrscheinlich auf Knöpfe. Aber wird man

auch heraustreten aus den eng begrenzten Räumen? Das Ganze, soviel lässt sich vielleicht sagen, wird noch sachlicher, noch mehr nach dem Zweck gerichtet und jedenfalls ohne Hymnen und Pokale vor sich gehen. Am Betrieb ändert sich nichts, wenn wir nicht ernsthaft und unablässig versuchen, das elfenbeinerne Getto der Kultur zu durchbrechen.

Dem Beitrag Sir Herbert Reads zu einem futurologischen Sammelband entnehme ich die folgende Stelle: «Kunst müssen wir selbst durchleben, wenn wir von ihr innerlich ergriffen werden wollen. Wir müssen selbst malen und uns nicht bloss Gemälde anschauen, selbst ein Instrument spielen und nicht nur in Konzerte gehen, selbst tanzen, singen und uns schauspielerisch betätigen, ja, wir müssen uns mit all unseren Sinnen dem Ritual und der Disziplin der Kunst verschreiben. Dann beginnt sich vielleicht eines Tages etwas in uns zu regen: wir spüren, dass wir an unserem Körper und an unserer Seele arbeiten. Nur wenn man bei einer «Unterhaltung» selbst eine aktive Rolle spielt und an ihr tätig mitwirkt, dann kann man sie rechtens als «Spiel» bezeichnen, und als solches ist sie eine natürliche Erfüllung unserer Mussezeit. In diesem Sinne ist «Spiel» ein Kontrastbegriff zu «Arbeit», und man betrachtet es gewöhnlich als eine Tätigkeit, die ein alternierender Faktor zur Arbeit ist. Aber gerade hier schleicht sich der schwerste und fundamentalste Irrtum in unsere Konzeption vom Alltagsleben ein.»

Worauf es demnach ankäme, das wäre ein geistiger Austausch, ein Nehmen und Geben, ein Spiel, das auf Gegenseitigkeit beruht und auf Eben-

bürtigkeit. Darauf, und jedenfalls nicht auf blosser Rationalisierung, blosser Verbesserung der technischen Möglichkeiten der Kommunikation und Bereitstellung neuer Medien müsste sich alle Anstrengung richten. Das Technologische ist das Mittel. Es sinnvoll anzuwenden, ist die Aufgabe. Dass Bücher oder also wie immer gespeicherte und zugänglich gemachte Ansichten oder Mitteilungen schöpferischer Menschen zur unentbehrlichen Nahrung des Geistes und der Seele werden, dass wir uns weder mit Surrogaten noch mit Genussmitteln zufrieden geben können, weil unser Wohlbefinden gute Nahrung und schöpferische Selbsttätigkeit voraussetzt – können wir behaupten, dieser Zustand sei schon erreicht? Büchermacher und Media-Experten sollten sich darauf einigen, dass dies jedenfalls der Sinn ihres Wettstreits oder ihrer gemeinsamen Bemühungen sein sollte.

Dem Irrtum, auf den Sir Herbert Read in der zitierten Stelle anspielt,

verfallen alle, die zwischen Arbeitswelt und Spielwelt, zwischen Alltag und Kultur eine undurchlässige Grenze ziehen. Lebendige Kultur durchbricht diese Grenzen jederzeit, sie hebt sie auf oder bewirkt doch, dass Beziehungen herüber und hinüber bestehen.

*

Eine der traurigsten Zukunftsaussichten ist vielleicht die, dass die voraussehbare grössere Freizeit nichts weiter als eine Zunahme der passiven Unterhaltung bringen wird. Man kann dafür nicht die neuen Medien verantwortlich machen. Aber dass sie allein durch ihr Vorhandensein dazu verführen, den Abonnenten, den Zuschauer und Zuhörer zum passiven Konsumenten zu machen, in weit grösserer Masse, als er das schon ist, muss man frühzeitig erkennen. Darum lautet die Frage am Ende nicht, ob das Buch eine Zukunft habe. Sie lautet: Hat unsere Kultur eine Chance?

Anton Krättli